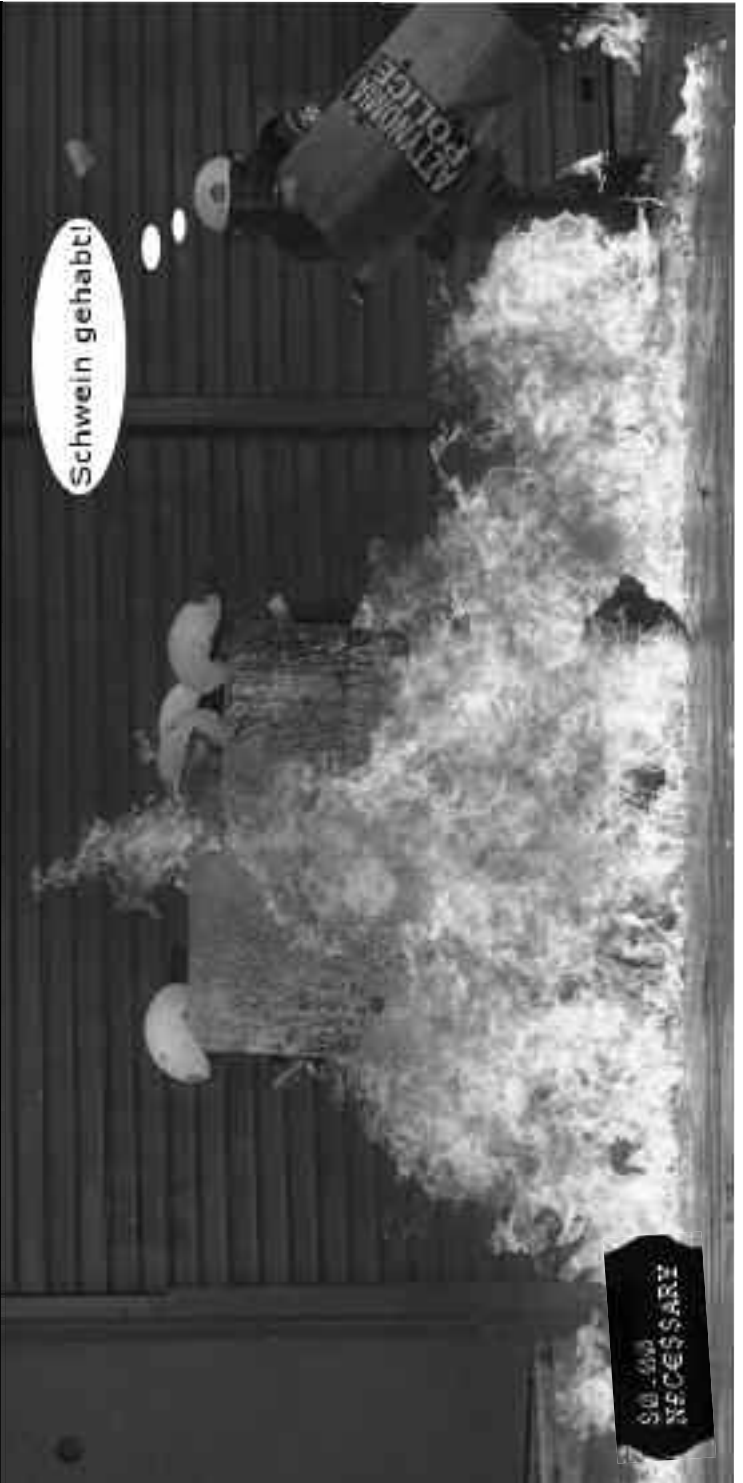


November
2012

NOVEMBER

Schwein gehabt!

SO-GOOD
NECESSARY



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm- und Koraktorbeiträge bis spätestens zum 15. des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Basler Str. 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<http://www.kts-freiburg.org>

In politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren



Infoladen

„Hier¹ werden linksextremistische² Informationen³ in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert⁴, diskutiert und verbreitet⁵

Vorfassungsexperte NRW über Infoladen



¹ Baslerstr. 103, KTS Zeigt il - radikale

⁴ <http://ilddb.nadir.org/standort.php?nr=6>

⁵ Mi und Do 18-20 Uhr

³ zusätzlich gibt es einen Bücherverleih, Kaffee & Krimskrams wie bspw. Buttons

DIE FINGERPRINTS DER OPENPGP-SCHLÜSSEL DER GRUPPEN IN DER KTS:

Name - Adresse

Schlüssel-ID - Fingerprint

Koraktor - koraktor@kts-freiburg.org

A86F 7B3A 3185 8034 8FA6 5863 9D99 D64D 906A 9856

Anarchistische Gruppe Freiburg - kontakt@ag-freiburg.org

FD98 1D3D 5B68 5B8A 5EF1 0BAE 2180 6FF6 7E5B 0465

Autonome Antifa Freiburg - freiburg@autonome-antifa.org

E42F C5F9 512C 0E63 CFD4 BF32 579A 6E34 4644 C12F

Infoladen KTS - infoladen@kts-freiburg.org

ECA2 756D 09CA 9DEF F9CF 9CC5 7D30 BD2F 6C56 FDA2

Webmaster KTS - webmaster@kts-freiburg.org

DCB7 EA9D 3248 9E38 4C87 5E60 DD3D 1B0B 55B6 FDC6

La Banda Vaga - info@labandavaga.org

C5D7 708C 5BD3 7CC5 4EB4 2331 63C2 9C98 E7C3 740F

ea-freiburg@linksunten.ch

6D9F EB0F 11C9 28F8 F885 DC89 DACD AD0A 00AF AF53

Antispeziesistische Aktion Freiburg - antispe.freiburg@immerda.ch

6AA7 6BCB 40AD 6DA6 D368 F78E 752C F4A9 FF11 0A86

Schlüssel unter keyserver.net. Praxis unter gnupg.org. Theorie unter openpgp.org.

Wagenpack muss spucken! DNA Entnahme bei Angehörigen der Freiburger Wagenzene.

Nach der Räumung des besetzten Wagenplatzes Kommando Rhino im August 2011, brachte der Herbst eine weitere Welle starker Repression gegen Angehörige der Freiburger Wagenburg-Szene mit sich. Als Folge eines Glasbruchs beim kurz vor der Neueröffnung stehenden EDEKA in der Lörracher Straße, geriet eine Wagengruppe, die in einer Straße in der näheren Umgebung des EDEKA Marktes stand, ins Visier der Bullen.

Drei Wagen wurden im Zuge der Ermittlungen von der Polizei durchsucht, dabei wurden persönliche Gegenstände als angebliche Beweismittel beschlagnahmt. Gegen die Eigentümer_innen der Wagen wurde ein Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen Sachbeschädigung, eingeleitet. All dies geschieht in einer Zeit massiver Repression gegen Wäglar_innen und Angehörige der Freiburger autonomen Szene.

Mehrere Monate nach dem Vorfall, im Sommer 2012, erhielten die Eigentümer_innen der bereits durchsuchten Wagen einen richterlichen Bescheid, in dem eine DNA Entnahme angeordnet wurde. Gegen zwei der Bescheide wurde Widerspruch eingelegt, dieser hatte jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Am 31.07. 2012 tauchten unangemeldet Bullen mit drei Streifenwagen und zwei Angehörigen des Staatschutzes bei den Wagen auf, um direkt vor Ort eine DNA Entnahme vorzunehmen. Nur eine der gesuchten Personen wurde angetroffen, bei dieser wurde die DNA Entnahme durchgeführt. Eine Möglichkeit zur „freiwilligen“ Abgabe der DNA oder ein Termin auf dem Revier wurde nicht gelassen.

Wenige Tage später, am 04.08.2012, schlugen die Bullen erneut zu. Mit vier Streifenwagen und einer Wanne führten sie eine „Personenkontrolle“ der angetroffenen Wagenbewohner_innen durch. Im Gegensatz zum 31.07.

kamen sie diesmal in voller Kampfmontur und filmten das Geschehen. Auch diesmal wurden die Personen, die zuvor einen Bescheid zur DNA Entnahme erhalten hatten, nicht angetroffen. Da der Aufforderung der Bullen den Wagen zu öffnen nicht nachgekommen wurde drohten diese damit, einen richterlichen Durchsuchungsbeehl für den Wagen zu erwirken. In der Zwischenzeit setzten sie die anwesenden Personen unter Druck. Aus purer Schikane und um Zeit zu gewinnen kontrollierten sie, mit Aussagen wie „ihr hättet es uns auch leicht machen können“, die Fahrräder der Anwesenden. Nach ca. einer dreiviertel Stunde zogen sie unverrichteter Dinge wieder ab.

Ca. 2 Wochen später hatten die Bullen mehr Erfolg Vier Bullen in Zivil passten einen der Betroffenen auf offener Straße ab, und führten dort die DNA Entnahme durch. Auch die dritte Person musste inzwischen ihre DNA abgeben: In diesem Fall rief die Polizei auf der Arbeitsstelle des Betroffenen an, und drohte, ihn direkt auf seiner Arbeit aufzusuchen, wenn er sich nicht freiwillig aufs Revier begeben.

Diese DNA Entnahmen sind die ersten (bekanntesten) DNA Entnahmen, die bei Angehörigen der Freiburger linken Szene durchgeführt wurden. Bei diesem krassen, völlig unverhältnismäßigen Vorgehen geht es jedoch nicht um ein einzelnes Ermittlungsverfahren, sondern um eine systematische Durchleuchtung der Freiburger Szene und um den gezielten Versuch Aktivist_innen Schach matt zu setzen. Bisher gab es noch keine Verurteilungen im Bezug auf die Rhino-Räumung im Sommer 2011 und die Freiburger Bullen versuchen auf jede erdenkliche Weise nicht vorhandene Beweisstücke und mögliche Schuldige zu (er)finden.

Spuck

Freiburger Amtsgericht gegen Punkkulturgut

Am 18. Oktober wurde ein Freiburger Aktivist vor dem Amtsgericht wegen Beleidigung und Körperverletzung zu 30 Tagessätzen a 10 Euro verknackt. Zuvor waren sämtliche ProzessbeobachterInnen auf Anordnung der stocksteifen Justiz durchsucht, abgetastet und mit Metalldetektoren überprüft worden. Der Angeklagte soll, so die Anzeige der sich deckenden Bullen, während der Gegen-Immo Proteste einem der Schweine mit dem Lautsprecher-Fahrrad in die Haxen gefahren sein und wurde dafür verantwortlich gemacht ein anderes durch

das Abspielen eines Slime-Liedes in seiner Ehre herabgewürdigt zu haben. Tatsächlich war das beemitendenswerte Ferkelchen aus Lahr auf der Vauban über die eigenen Stiefel gestürzt als er versuchte einen kritischen Stadtteilspaziergang dilettantisch zu behindern. Der erniedrigte und noch immer gezeichnete Freiburger Bulle wiederum pochte auf sein Recht nicht immer diese maßlos hasserfüllten Punkrock-Klänge hören zu müssen, wenn er auf Demos gehe und bekam das Mitleid der gesamten Audienz.

Wie bereits das Landgericht Karlsruhe am 27. September feststellen konnte, soll in Zukunft keine freie Wahl der musikalischen Unternehmung politischer Versammlungen mehr bestehen.

Autonome Antifa Freiburg

Solidarität mit Roma – Abschiebungen stoppen

Vom Baden Airpark werden jeden Monat Menschen, die in Deutschland Schutz gesucht haben, mit eigens gecharterten Maschinen abgeschoben. Aktuell sind besonders Roma davon betroffen. Der Baden Airpark ist der wichtigste „Abschiebeflughafen“ im süddeutschen Raum. Die im Behördenjargon als „Schüblinge“ Bezeichnete, werden aus verschiedenen Bundesländern in Polizeibegleitung und abgeschottet vom normalen Passagierbetrieb in ein bewachtes Gelände gebracht, das mit messerscharfem, sog. „NATO-Stracheldraht“ abgesichert ist. Dies veranschaulicht den repressiven und militarisierten Charakter, der mittlerweile zur Normalität gewordenen inhumanen Sammelabschiebungen.

Auch am Donnerstag, den 18. Oktober 2012 wurden wieder rund 70 Angehörige der Roma-Minderheit nach Priština (Kosovo) abgeschoben.

Im Herkunftsland angekommen, leben sie als Angehörige einer diskriminierten Minderheit ohne Perspektive und in ständiger Angst vor erneuter Verfolgung. Armut, nahezu 100%ige Arbeitslosigkeit, unzureichende Gesundheitsversorgung und Repression im Kosovo, Serbien oder Mazedonien werden von den deutschen Behörden nicht als Abschiebehindernis berücksichtigt. Nach Angaben der serbischen Regierung leben ca. 60% der geschätzten 450.000 Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen. Umfragen zufolge gelten sie als die meist diskriminierte Bevölkerungsgruppe in Serbien. Auch in Mazedonien sind die Roma einer allumfassenden Diskriminierung ausgesetzt und müssen oft in abgeschiedenen Siedlungen leben, wo sie keinen oder nur beschränkten Zugang zu grundlegenden Diensten haben.

Besonders hinsichtlich jüngster Äußerungen deutscher Politiker, die regelrecht den Zündstoff für medial entfachte Pogrome liefern, ist die Solidarisierung mit den Angehörigen dieser EU-weit verfolgten Minderheit unabdingbar!

Parallel dazu erleben wir eine selektive Aushebelung des Rechts auf Asyl. Schnellverfahren, wie sie jüngst vom bayrischen Innenminister Joachim Herrmann ins Spiel gebracht wurden, bieten keine Gewähr für eine Einzelfallprüfung, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention jedoch vorschreibt.

Roma aus dem Balkan, die in der EU oder der

Schweiz Asyl beantragen, unterliegen dem Generalverdacht, „nur“ Wirtschaftsflüchtlinge zu sein, was eine objektive Überprüfung ihres Asylantrags von vornherein unmöglich macht. Bereits heute werden Anträge von Roma aus Serbien und Mazedonien vielfach vorgezogen, um durch eine beschleunigte Bearbeitung und Ablehnung weitere Antragsteller davon abzuschrecken, überhaupt nach Deutschland zu kommen. Es ist unmenschlich, Asylanträge von Roma von vornherein als unbegründet zu bewerten.

Selbst das UN-Flüchtlingswerk stellte fest, dass rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzungen darstellt und folglich bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss.

Vollkommen gewissenlos und realitätsfremd ist es demnach, wenn deutsche Politiker Schnellverfahren für AsylbewerberInnen aus dem Balkan oder eine Wiedereinführung der Visapflicht fordern, mit dem ausschließlichen Ziel, Roma an der Einreise nach Deutschland zu hindern. Sie geben serbischen und mazedonischen PolitikerInnen, die keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegen Roma machen, damit einen Blankoschein, Roma weiter zu diskriminieren und in der Ausübung ihrer Grundrechte einzuschränken.

Wir fordern ein Ende der rassistischen Hetze gegen Roma! Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien dürfen nicht vom Recht auf Asyl ausgeschlossen werden. Sie haben das Recht auf eine Einzelfallprüfung innerhalb derer die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern in angemessener Weise zu berücksichtigen ist! Wir fordern ein Ende einer restriktiven Ausländer und Asylpolitik! Personen, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, müssen ein Rückkehrrecht erhalten! Sie überhaupt als Fremde zu betrachten ist zynisch und eine Verkenning ihrer Rechte. Anlässlich der Abschiebung fanden am 18. Oktober bereits ab 8 Uhr morgens am Baden Airpark Proteste gegen die Abschiebung statt.

Neben Kundgebungen rufen wir als regionales Bündnis gegen Abschiebungen zur kritischen Beobachtung dieser erneuten Abschiebung von Menschen auf!

Regionales Bündnis gegen Abschiebungen Baden-Württemberg

Bündnisaufruf: Verfassungsschutz auflösen! Rassismus bekämpfen!

DEMONSTRATION AM 10.11.2012 IN KÖLN- CHORWEILER

Das Bündnis "Verfassungsschutz auflösen!" ruft für den 10.11.2012 unter dem Motto "Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!" zu einer Demonstration in Köln-Chorweiler vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auf.

Vor einem Jahr wurde bekannt, dass die NaziterroristInnen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden zehn Menschen ermorden und zwei Sprengstoffanschläge verüben konnten. Jahrelang leugnete die Polizei die rassistischen Hintergründe der Morde und machte die Opfer auch noch zu Tätern, indem sie in Richtung organisierter "Ausländer-Kriminalität" ermittelte. Eine Angehörige eines Opfers musste neunmal als Verdächtige bei der Polizei erscheinen, andere wurden monatelang von verdeckten ErmittlerInnen ausgespäht.

Die Ermittler und Ermittlerinnen gaben der Sonderkommission den Namen "Soko-Bosporus"; von den Medien wurde der Begriff "Döner-Morde" geprägt und verbreitet. Beide Ausdrücke stellen rassistische Stereotype dar, mit denen die Gewalttaten verharmlost und die Opfer herabgewürdigt werden. Diese sind nur Beispiele für einen alltäglichen institutionalisierten Rassismus, dem Menschen in Deutschland ausgesetzt werden.

Rassismus steckt nicht nur in der Gesetzgebung dieses Landes, auch das Personal macht keinen Hehl daraus, wo seine Sympathien liegen. Verschiedene Ebenen in den Verfassungsschutzämtern hatten nicht nur von den Taten des rechtsterroristischen Trios Kenntnis, sondern unterstützten das Umfeld des NSU zudem mit bezahlten V-Männern und -Frauen, von denen eine/r die NaziterroristInnen mit Sprengstoff belieferte. Mehrmals hatten die Behörden Hinweise auf die Aufenthaltsorte der zur Fahndung ausgeschriebenen TerroristInnen – und handelten nicht!

Nach Bekanntwerden der Taten des NSU wurde zudem eine erschreckende Politik der Verschleierung losgetreten: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequente Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte, Rücktritte von Verantwortlichen.

Man will uns weismachen, dass eine Serie von Pannen die Ermittlung der Behörden behinderte. Tatsächlich hat die Öffentlichkeit in diesem Fall einen Einblick in die skandalöse alltägliche Arbeitsweise der Geheimbehörden bekommen: Sammeln von Informationen und taktisches Unterdrücken oder Weiterleiten derselben. Individuelle Seilschaften innerhalb und zwischen den Behörden steuern nach Gutdünken den Umgang mit Informationen.

Rechte Gesinnung hat beim VS Kontinuität: Geegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler und Widerständlerinnen aus dem Dritten Reich erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den sechziger Jahren bekämpfte er die Studentenbewegung, in den siebziger und achtziger Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker AktivistInnen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Männern/-Frauen und Spitzen des Verfassungsschutzes durchsetzt war.

Deshalb: Auf nach Köln. Hauptsitz des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes MAD und die Stadt, in der zwei Bombenanschläge des NSU stattfanden.

Für die Offenlegung aller Informationen bezüglich VS/NSU und der Unterstützung von Neonazis durch den Verfassungsschutz und andere Geheimdienste!

Für einen Untersuchungsausschuss, in dem alle Menschen dieser Gesellschaft durch VertreterInnen ihres Vertrauens Zugang zu allen Informationen haben!

Gegen Rassismus und Ausgrenzung
Solidarität mit den NSU-Opfern und ihren Angehörigen! Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen.

VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN – GEHEIM- DIENSTE ABSCHAFFEN!

Bündnis "Verfassungsschutz auflösen!"
Website: www.vs-aufloesen.de



Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü

#01

20MIN DE CHAOS

Donnerstags-Crust-Konzi

**Donnerstag
ab 19:45**

20MIN DE CHAOS

kommen aus Dijon!

20MIN DE CHAOS

sind auf Tour!

20MIN DE CHAOS

besuchen uns in der KTS!

20MIN DE CHAOS

spielen rauen DIY-Anarcho-Crust!

Also kommt vorbei und last euch das Konzi nicht entgehen. Dannach gemütlich Kneipe. Es soll pünktlich anfangen, damit am nächsten Tag noch der Lohnarbeit nachgegangen werden kann.

<http://20minutesdechaos.brassicanigra.org/>

<http://stoergeroische.blogspot.de/>



#02

JUMP THE SHARK! support: t.b.a.

Endlich mal wieder Ska in der KTS!

Die Skapunkband **JUMP THE SHARK!**

**Freitag
ab 21:00**



hat ihr neues Album im Gepäck. Auf Maladjusted paaren sich Ska und Punk mit Rockabilly und Jazz. Kommt früh genug und nehmt noch die Vokü vor dem Konzert mit!

-music was my first love and there-s a

good chance that it will be my last- - Eigentlich würde dies als Bandbiographie schon reichen, denn es steckt alles Essenzielle über die sieben Chaoten aus Lindau und Umgebung drin: Dass sie so richtig Bock haben. Darauf, sich einen Ast über ein gelungenes Solo oder eine fette Bassline zu freuen oder eine geile Bläsermelodie und einen bombigen Beat rauszuhauen. Darauf, als sieben Freunde durch die Lande zu ziehen und zu labern, zu lachen, rumzuspinnen. Darauf, neue Orte und verrückte Leute kennenzulernen und sich des Lebens zu freuen. Darauf, auf der Bühne zu stehen und abzugehen bis der Morgen graut und die Beine schlapp machen. Darauf, gemeinsam zu feiern und die guten Zeiten zu beschwören, als ob´s kein Morgen gäbe!

Diese musikalische Liebesgeschichte ist dann auch das Motto für den Titelsong des Anfang September 2012 erscheinenden Albums Maladjusted Jump The Shark's erste Full Length CD mit 12 Songs. Hier geben sich krachige Beats und knackige Bläserwürfe die gewetzte Klinge in die Hand und treten mächtig in den Hintern - auf dass die Schuhsohlen Feuer fangen und die Hütte brennt!!
Check -em out:

www.jumptheshark.de

#03

THE BROKENDOLLS und **SEDITIUS**

**Samstag
ab 21:45**



Trinkfester Rock-n-Roll-Punk und un-aufhaltsamer Rock-n-Roll-Hardcore aus Italien.

Absolute Sensationen und musikalisch attraktive Raritäten erwarten euch am Samstag Abend: so etwas gab es hier noch nie!

THE BROKENDOLLS aus Verona in Italien beehren uns mit ihrem absolut verrückten und durchgeknallten, übermäßig betrunkenen und völlig übertriebenen Rock-n-Roll-Punk-Sound.

Unterstützt werden die Leute auf ihrer Tour von

SEDITIUS mit ihrem aus dem Blues inspirierten, gewaltvollen Hardcore-Rock-n-Roll tief aus dem Herzen und voll aus der Seele. Diese 4 kommen aus Brianza in Italien und sind gekommen um euch richtig einzuheizen! Flotte Musik mit rauhem Gesang um euch volle Kanne zum Abtanzen zu bewegen! Da stehen einfach keine FüÙe still...

Nach den Konzerten gibt es Kneipenatmosphäre mit harten Tönen aus der Dose!

<http://www.thebrokendolls.net/>
<http://www.seditius.com/>

#07

Mittwoch
ab 21:00



DETACHED (UK) + THE DEADNOTES (DE) + DISCONNECT (CH)

Nach dem Erfolg im April beehrt uns bereits zum zweiten Mal dieses Jahr die Waliser Skapunktruppe **DETACHED** in der KTS, die im November auf UK und Europatour sind um ihr brandneues Album **FINDING TIME** zu promoten. (VÖ: 23.08.)

Es ist ihre mittlerweile dritte Europatour und sie haben nach der 2010er Platte schon mit Bands wie Less Than Jake, Zebrahead, UK Subs, Voodoo Glow Skulls, Random Hand, The Toasters, H20 oder Bomb the Music Industry die Bühne geteilt.

Support stellen an diesem Abend die Freiburger Punkrock Jungspunde **THE DEADNOTES** und die Schweizer Hardcore Punk Combo **DISCONNECT**.

<http://detached.bandcamp.com/>
http://www.myspace.com/the_deadnotes
<https://www.facebook.com/DisconnectPunk>

#08

Donnerstag
ab 20:00



KOSSLOWSKI & FACE THE FRONT

Pissed Hardcore With Some Raging Rock -n- Roll Attitude.

KOSSLOWSKI, wer?

Noch nie gehört?

Pustekuchen!

Bei **KOSSLOWSKI** treffen wir auf die Crème de la Crème der in Deutschland beheimateten Screamo und (Post-)Hardcore -Bands. Die 4 Heeren hinter **KOSSLOWSKI** sind nämlich auch gleichzeitig 4 Ex-Mitglieder der bedeutsamsten deutschen Hardcore-Punk Bands der letzten Jahre. Musikalisch klingt das alles so wunderbar nach **ESCAPADO** und **FRAU POTZ** oder wie es die Presse beschreibt:

Da werden das Schlagzeug verkloppt, die Stimmbänder zerrissen und, wie in klassischer Club-Manner, die Gitarre zerschmettert. Es fühlt sich zumindest so an. Wütender Punk trifft auf die Tobsucht des Hardcore mit der Leichtigkeit des Rock n' Rolls.

Wenn das mal keine Ansage ist!

Den Support übernimmt an diesem Abend die Luzerner Punk Band **FACE THE FRONT**, die soeben ihr Debütalbum - Modern Values - auf Sums Records veröffentlichen durften. Mit diesem Erstling stellten sie die Hörer vor ungeschliffenen, ehrlichen Punkrock im internationalen Format. Alles andere als anspruchslose Punkmusik!

Achtung:

Beginn pünktlich um 21 uhr!

<http://kossowski.bandcamp.com/>
<http://facethefrontmusic.blogspot.de/>

#15

Donnerstag
ab 19:45



STE MC CABE

Schon wieder ein Konzert am Donnerstag!

STE MC CABE ist gerade auf Europa Tour um sein neues Album -Bad Kitty- zu bewerben und sich mal in der Welt umzuschauen.

Er beschreibt sich wie folgt:

My name is **STE MCCABE**. I am a one-man band. I use a distorted guitar, drum machines and a synth to make noises with. I am a politicised queer, feminist, working class bastard and I like to make people dance with my rantings.

Also Tanzschuhe anziehen, schick machen und ab in die KTS.

Auch hier soll wieder pünktlich angefangen werden, wegen Arbeit und so.

<http://www.ste-mccabe.co.uk/>



#18 STREET EATERS

Sonntag
ab 20:30



Zwei-Personen-Avantgarde-Post-Indy-Punk aus Oakland / Californien.

Den Sonntag Abend mal mit etwas ganz Anderem gestalten? Kein Problem! Die **STREET EATERS** aus Oakland bzw. aus dem Norden von Californien machen verspielte Musik,

sehr untypisch und teilweise schrill und punkig. Megan an den Drums und John am Bass, den er wie eine Lead-Gitarre spielt, sind nicht nur musikalisch ein eingespieltes Team. Sie leben zusammen, schreiben gemeinsam ihre Songs und singen sie auch beide auf der Bühne. So viel Harmonie lässt auch die kälteste Frostbeule dahinschmelzen!

Nun sind sie hier und freuen sich, um eure Ohren mit ihren melodischen und leicht schrägen Klängen zu verwöhnen. Kommet, höret und tanztet in Scharen!

Nach dem Konzert gibt es mindestens gemütliche Kneipenatmosphäre mit weiteren wohltuenden Klängen.

Mehr dazu findet ihr unter anderem auf:

<http://streeteaters.com/>

#23 Rock + Metal + HC/Punk = Guter Abend!

Freitag
ab 20:15



SUB-FOBIAS

(Rock/Surf)- Sacramento/Californien

BAGHEERA

(Metal)- Lausanne

MURUROA ATTACK

(HC-Punk)- Ostwestfalen-Lippe,

Hannover, Hamburg

Heute wackelt die Bude. Für jeden was dabei.

SUB-FOBIAS spielen Rock und beweisen das Rock nicht nur gut klingt sondern auch Inhalte transportieren kann.

Mitbringen tun sie ihre Freunde **BAGHEERA**. **BAGHEERA** spielen schönen Metal(core) bei dem ihr euch beim Headbängen und moschen austoben könnt.

Und damit der Abend noch abwechslungsreicher wird kommen noch **MURUROA ATTACK**. Sie werden euch harten (Hardcore-)Punk vom feinsten servieren der zu 110%DIY ist.

Also Schuhe fest zuschnüren und ab auf die Tanzfläche!

<http://bagheeramoshpit.bandcamp.com/>
ausbomben.de

<http://www.myspace.com/thesubfobias>

YouTube BEZAHLBARER WOHNRAUM

Bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist in Freiburg leider nicht verfügbar, da er möglicherweise nicht genug Profil abwirft und die Stadt Freiburg die erforderliche Verantwortung nicht eingegangen hat.

RECHT AUF STADT DEMO
SAMSTAG 10.11.12 13 UHR
STÄHLINGER KIRCHPLATZ



G 19 # IMMER

Jeden Mittwoch ab 14 Uhr **BIKE KITCHEN**
Fahrradselbsthilfwerkstatt im Polytechnikum

Jeden Di. & Fr. 14-18 Uhr **UMSONSTLADEN, BIBLIOTHEK & INFOLADENCAFE**

Jeden 3. Samstag im Monat **FREIRAUMCAFE**

Jeden Di. 18 Uhr **OFFENES PLENUM**
Offenes Plenum in der Gartenstraße 19.

KTS # IMMER

Bei Bedarf **KTS - PUTZTAG**
Jetzt ganz neu:
ERST PUTZEN DANN GLOTZEN
Nach dem Aufräumen gibt es **KINO!**

J. 1. und 3. Mi. i. Monat 20 Uhr **PHA KINO, KÜFA & KNEIPE**
Plätze.Häuser.Alles. läd ein.zum gemeinsamen schlemmen, Filmschauen und zur Kneipe. Kommt vorbei!

Jeden Mi. ab 21 Uhr **UNZUMUTBAR IM EXIL**
Punker_innen Kneipe mit mehr oi und weniger bla!

Donnerstag 18-20 Uhr **UMSONSTLADEN**
Abgeben, Abholen, Mitnehmen. Alles für Nix.

Montag 19-20 Uhr **EA / ROTE HILFE / SANIS**
Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen

Mi. & Do. 18-20 Uhr **INFOLADEN**
Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc.

Jeden 3. Fr. & j. 1. Do. im Monat 20 Uhr **FAU FREIBURG**
Jeden 3. Freitag in der Fabrik
J. 1. Donnerstag gewerkschaftliche Beratung im Strandcafé
www.fau.org/freiburg

Dienstag ab 19 Uhr **SAMIBASTA!**
Sambaband als politische Aktionsform.
We have everything to play for!!!

Dienstag ab 19 Uhr **OFFENES ARTISTIKTREFFEN**
im Café

Bei Bedarf **RECHERCHE- UND MEDIENZIMMER (RUMZ)**
Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouts, uvm.
Kein Problem, einfach Mail an rumz@riseup.net schreiben.

Bei Bedarf **OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT**
Ab und zu offen, einfach ne Mail an [druckeberger\[at\]riseup.net](mailto:druckeberger[at]riseup.net) schreiben.

Presseerklärung - Polizei setzt Naziaufmarsch mit äußerster Gewalt durch

Am 6. Oktober marschierten rund 150 Faschisten aus ganz Süddeutschland durch Göppingen. Begleitet wurden sie von einem Aufgebot von 2000 PolizistInnen, welches willens schien den Aufmarsch mit allen Mitteln durchzusetzen und dabei selbst vor schwersten Verletzungen nicht zurückschreckte.

Bereits bei der Ankunft der antifaschistischen Zugfahrt aus Stuttgart gingen einzelne Polizeibeamte DemonstrantInnen massiv an. DemonstrantInnen wurden die Bahnhofstreppe hinunter gestoßen, permanent getreten, sowie mit Pfefferspray attackiert.

Ein Beamter kletterte extra auf ein Hamburger Gitter, um junge AntifaschistInnen mit der Faust zu traktieren. Dieses offensive Auftreten führte dazu, dass es keine halbe Stunde dauerte bis der erste Demonstrant die Fahrt ins Krankenhaus antreten durfte. Ein Polizist hatte seinen Schlagstock rechtswrig gegen Köpfe eingesetzt.

Dieses aggressive Vorgehen der Polizei setzte sich nach dem Verlassen des Polizeikessels am Bahnhof weiter fort und bildete die Grundlage des gesamten Polizeieinsatzes an diesem Tag.

Beispielsweise erlebten wir, wie PolizistInnen Pfefferspray in fliehende Menschenmengen sprühten, wie Jung und Alt Schlagstöcke abbekamen, wie PolizistInnen friedlichen Blockierern nachsetzten, um sie mit dem Schlagstock zu erwischen und wie sie mit Pferden Jagd auf DemonstrantInnen machten und versuchten diese zu überreiten. Selbst vor einem Pfeffersprayeinsatz gegen Unbeteiligte, Presvertreter und Sanitäter machten sie nicht halt.

Der traurige Höhepunkt ereignete sich allerdings bereits bei der Ankunft der Stuttgarter Zugfahrt, als die Polizei versuchte die ankommenden DemonstrantInnen am Aussteigen zu hindern.

In Folge dessen kam es zu einer Rangelei auf dem Bahnsteig, wobei ein Zug direkt vorbei raste, während mehrere DemonstrantInnen, sowie PolizistInnen sich unmittelbar im Einzugsbereich des Zuges befanden.

Man kann nur von Glück sprechen, dass in dieser unübersichtlichen Lage kein Mensch von dem Zug erfasst wurde. Die Einsatzleitung riskierte hier ohne Zweifel das Leben mehrerer Menschen.

Dieses Verhalten nun damit zu rechtfertigen, dass es sich um „Krawalltouristen“ (Zitat: WKZ) gehan-

delt habe, lässt einen nur fragen, seit wann man wieder über lebenswertes Leben urteilt.

Dass die Polizei an diesem Tag in den Bahnverkehr eingriff, obige Situation jedoch nicht verhinderte, macht diese Sache nur noch pikanter. Interessanter Weise wurde das erste Gleis des Göppinger Bahnhofes mit einem Güterzug belegt, sodass die Polizei bei der anschließenden Kesselung von rund 150 Demonstranten einen natürlichen Wall hatte. Die Tatsache, dass gegen diese willkürlichen Polizeikessel momentan prozessiert wird und sie nach dem Urteil über den 2009 stattgefundenen Ulmer Kessel rechtlich mehr als fragwürdig sind, schien hierbei nicht zu stören.

Statt den Gegendemonstranten eine ungefährdete Anreise zu ermöglichen, setzte man darauf, die Demonstranten pauschal zu kriminalisieren.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, wurden die DemonstrantInnen aus dem Bahnhofskessel erst nach der Durchsuchungen jedes Einzelnen in die Stadt gelassen. Interessant war jedoch, dass man keinesfalls etwas Verbotenes mit sich führen musste, um auf die Wache gebracht zu werden. Stattdessen wurde zwischen den DemonstrantInnen aussortiert und unbegründet, willkürlich an die 70 DemonstrantInnen festgenommen. Ursprünglich sollte die gesamte Zugfahrt in Gewahrsam genommen werden, was lediglich an Kapazitätsproblemen scheiterte.

Zugleich versuchte die Polizei mit Hilfe eigener hoher Verletztzahlen dieses Verhalten zu rechtfertigen, obwohl die „harten“ Auseinandersetzungen erst nach dieser Verhaftungswelle stattfanden.

Diese Punkte und zum Beispiel auch die Inge-wahrsamnahme einer ganzen Gruppe der Grünen Jugend, zeigen deutlich den Charakter des Anliegens auf. Es ging nie um Vorbeugung gegen rechtswidrige Aktionen oder deren Verfolgung, sondern darum, antifaschistischen Protest einzuschüchtern, zu kriminalisieren und zu spalten.

Dieses behördliche Vorgehen bekommt einen umso bittereren Beigeschmack, wenn man ansieht, wie die Polizei die Nazis in Göppingen hofierte. Neben dem knapp zwei Stunden verspäteten Beginn ermöglichte man ihnen zusätzlich nach Auflösung der Demonstration diese zu Ende zu führen und eine Abschlusskundgebung zu halten. Wäre der polizeiliche Wille da gewesen, hätte man die faschisti-

sche Veranstaltung ohne rechtliche Probleme beenden können.

Die Polizei inszenierte sich jedoch lieber als Schutzmacht und kam den Wünschen der Rechten nach. Die Berichte über die menschenfeindlichen antisemitischen Parolen, sowie über Flaschenanriffe auf Journalisten verstärken diesen Eindruck. Hier hören wir bisher nichts über eine Strafverfolgung, sondern nur die Beteuerung, man könne die Täter nicht zuordnen oder die Parolen seien rechtlich vertretbar.

Auch die Stadt Göppingen ist in einigen Punkten zu kritisieren.

Anstatt für einen entschiedenen Antifaschismus zu werben oder sich, wie der Ulmer Oberbürgermeister es erst vor kurzem tat, den Nazis entgegenzustellen, lud sie zu einer Kundgebung unter dem Motto „gegen jeden Extremismus“ ein, wobei der Schirmherr Guido Till sogleich die Nachfolger einer Massenmordenden Ideologie mit deren Gegnern gleichsetzte. Er warb dafür „man solle nein sagen, zu jeder extremistischen Ausrichtung – sei sie nun von rechts oder von links“ (Zitat:SWP). Dieses konsequente „Nein-Sagen“ wurde jedoch bereits beim Göppinger Stadtfest entlarvt, als ein junger Mann mit einem T-Shirt der faschistischen Kleidermarke „Thor Steinar“ über 2 Tage hinweg seinen Dienst am Stand der CDU tat. Den Rechtspopulismus der örtlichen Jungen Union in der „Eislinger Erklärung“ hatte Herr Till wohl auch vergessen..

Zwei Tage später zeigte Till offen, wie wichtig ihm antifaschistische Gegenwehr ist. Statt die Geschehnisse an diesem Tag kritisch zu reflektieren, bedankte er sich bei der Polizei für ihr „einfühlsames“ Vorgehen, welches weit mehr als 40 NazigegnerInnen verletzt hatte.

Man kann sich nur fragen, was für diesen Mann ein hartes Durchgreifen bedeutet, wenn er an diesem Tag noch ein „besonnen[es]“ Vorgehen erlebte.

Schlussfolgerung

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stadt Göppingen sich dem Neonaziproblem weiterhin nicht bewusst scheint und stattdessen lieber mit Hilfe der Extremismus-Keule antifaschistischen Protest diffamiert. Dass man in Göppingen selbst nach mehreren Naziaufmärschen in diesem Jahr immer noch nicht in der Lage ist sich deutlich gegen Rechts zu positionieren, zeigt, warum die Nazistrukturen in dieser Gegend einen willkommenen Boden finden.

Mit ihrer Kundgebung gab die Stadt bereits die politische Stoßrichtung für die anschließende Schika-

ne, Gewalt und Kriminalisierung der anwesenden AntifaschistInnen vor.

Die Polizei nahm als Exekutive nun den Platz ein dies durchzusetzen, wobei sie sich keinesfalls als neutrale Kraft entpuppte. Während sie einerseits mit äußerster Härte gegen die AntifaschistInnen vorging, ließ sie den Faschisten einen gewaltigen Spielraum.

Für die Faschisten dehnte man das Versammlungsrecht aus und ermöglichte ihnen eine, nach der Auflösung der Demonstration, theoretisch unangemeldete Kundgebung. Den AntifaschistInnen begegnete man hingegen bereits am Bahnhof mit äußerster Härte und riskierte dabei sogar einige Menschenleben.

Selbst die rechtlich mehr als fragwürdigen Parolen und der Flaschenwurf der Nazis führten nicht einmal zu einer Ausweiskontrolle der Neonazis, während man am Bahnhof zahlreiche AntifaschistInnen unbescholten und willkürlich in Gewahrsam nahm.

Als Konsequenz aus diesem Tag fordern wir:

- Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte
- Stopp der pauschalen Einkesselung friedlicher Demonstranten
- Aufarbeitung des Zugvorfalls am Bahnhof
- genaue Prüfung der strafrechtlichen Relevanz der Nazi-Parolen
- Verbot der NPD und sämtlicher neofaschistischer Gruppierungen gemäß den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz

Nach NSU und den Ereignissen in Göppingen wird einmal mehr klar, dass wir selbst dafür zu sorgen haben, dass Neofaschisten in diesem Land keine Basis finden.

Staat und Nazis Hand in Hand

→ Unsere Antwort Widerstand!

Dieser Text soll bewusst keine politische Einschätzung darstellen, sondern der bisherigen Berichterstattung über die Ereignisse entgegen wirken und zu ihrer Aufarbeitung beitragen. Die hierbei enthaltenen Informationen können als von der Gruppe verifiziert betrachtet werden.

Antifaschistische Jugend Rems-Murr
<http://ajrm.blogspot.eu/>

Demo: Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete

Die Mieten müssen runter! Eine Stadt für Alle braucht bezahlbaren Wohnraum für alle. Ein erster wichtiger Schritt – die halbe Miete.

BEZAHLBARER WOHNRAUM IST DIE HALBE MIETE...

In Freiburg wird im Durchschnitt 44% des Einkommens für die Miete ausgegeben (2008). Viele Menschen zahlen sogar weit mehr als die Hälfte ihres Einkommens für ihr Recht auf Wohnen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 25%. In Freiburg sind die Mieten überdurchschnittlich hoch und andererseits die Löhne niedrig. Das Halbieren der Mieten ist eine sozialpolitisch notwendige Maßnahme, um die Mietbelastung zu senken.

Daher: Mieten runter - Löhne hoch! Aber: Das ist nur die halbe Miete!

...DIE HALBE MIETE, WEIL WOHNUNG KEINE WARE SEIN DARF

Man kann nicht Nicht-Wohnen. Wohnen ist ein unabdingbares Grundbedürfnis. Deshalb darf die Stadt nicht von wirtschaftlichen Interessen und Vermögen abhängen. Leerstand ist ein Beispiel für die Absurdität der -Ware Wohnung-, deren Wert nur steigt, wenn das Angebot künstlich knapp gehalten wird. Die ehemals besetzte Ecke-Goethestraße steht immer noch leer. Bedürfnisse nicht durch Kaufen und Verkaufen zu stillen, erfordert ein grundsätzliches Umdenken. Die Stadtentwicklung muss sich dabei an den Bedürfnissen aller Bewohner_innen orientieren. Es ist nicht nur die Frage, ob alle ihre Wohnungen bezahlen können, sondern, ob sie sie überhaupt bezahlen müssen. Auch wenn die Green City Freiburg einen grünen Dekmantel hat, heißt das noch lange nicht, dass eine -ökologische- Stadt auch eine soziale ist. Der Wegfall der (wenigen) Sozialbindungen für Wohnungen im Vauban ist ein Beispiel dafür. Grüner Kapitalismus bleibt Kapitalismus. Häuser denen, die sie brauchen.

...DIE HALBE MIETE, WEIL MENSCHEN IN DER STADT AUSGEGRENZT WERDEN

Zwei Beispiele zeigen, wie einzelnen Gruppen in Freiburg das Recht auf Stadt verwehrt wird. Wohnungslose werden in Sondereinrichtungen untergebracht, anstatt Wohnungen mit Mietvertrag zu bekommen. Mit Zimmerzuteilungen für mehrere Einzelpersonen pro Raum ist Privatsphäre und Ruhe ausgeschlossen. Das Leben auf der Straße wird ihnen auch erschwert. Die Umgestaltung des Platzes der Alten Synagoge ist ein Beispiel dafür, wie Aufenthaltsor-

te wohnungsloser Menschen im Innenstadtbereich gezielt -unbewohnbar- gemacht werden.

Flüchtlinge werden immer noch in (Container-)Lagern untergebracht, mit einem Flächenanspruch von 4,5m² pro Person. Und wenn sie endlich die Erlaubnis erhalten, aus dem Lager auszuziehen, legt die Stadt Freiburg ihnen Steine in den Weg. Gegen ein Gerichtsurteil, wonach Flüchtlinge einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben und somit Zugang zum sozialen Wohnungsmarkt hätten, ging die Stadt in Berufung. Flüchtlinge sind vom Recht auf Stadt auch durch weitere Diskriminierungen ausgeschlossen. Z.B. dürfen sie nicht einkaufen, wo sie wollen, sondern sind per Chipkartensystem an wenige Supermärkte gebunden.

...die halbe Miete, weil die ganze Miete nur Profitinteressen dient

In Zeiten der Wirtschaftskrise wird viel Geld in sogenanntes -Betongold- (Häuser) investiert. Um Gewinn zu erwirtschaften, muss der Wert der Häuser gesteigert werden, was den Prozess der Verdrängung verstärkt. Als größte Mietwohnungsseigentümerin maximiert die Freiburger Stadtbau (FSB), nicht anders als private Immobilienmakler_innen und Grundstücksbesitzer_innen, ihre Profite. Sozialauftrag? Wurde wohl verdrängt. Im Durchschnitt stiegen die Stadtbauwohnungen in den letzten Jahren deutlich stärker als der Mietspiegeldurchschnitt. Mit ihrem großen Wohnungsbestand treibt die Stadtbau den Mietspiegel, an den sich die Preise für Vermietungen anpassen und der oft als Grund für Mieterhöhungen angegeben wird, massiv in die Höhe.

Es ist absurd, für Wohnungen, die im Schnitt nach 30 Jahren abbezahlt sind, immer höhere Mieten zu bezahlen. Mit den Gewinnen der Stadtbau werden Hotels, Kunstdepots und andere Projekte bezahlt. Und das, obwohl es die Kernaufgabe der Stadtbau ist, bezahlbaren Wohnraum zu gewähren. Statt mit den FSB-Wohnungen noch Gewinn zu erwirtschaften, sollte in den bestehenden Wohnraum investiert werden, um die Mieten niedrig zu halten, die Häuser instand zu setzen und wirklich -warmmietenneutral- zu sanieren. Die vielen Studierenden in Freiburg sind ein wichtiger Faktor in der Stadtentwicklung: Durch häufigen Wohnungswechsel und als Träger_innen der kulturellen Aufwertung von Wohngebieten sind die Studierenden einerseits für die Verdrängung mitverantwortlich, andererseits sind die weniger Zahlungskraftigen unter ihnen auch Opfer von Profitinteressen.

In der Tullastraße wird ein Wohnheim mit Warmmieten von 20Euro pro Quadratmeter gebaut - Wohnen darf, wer es sich leisten kann.

...DIE HALBE MIETE, WEIL FREIBURG EINE GE-TEILTE STADT IST.

Die Bevölkerung im Westen der Stadt ist im Durchschnitt erheblich ärmer als die Bevölkerung in den östlichen Stadtteilen. Diese Ungleichheit spiegelt sich auch in der Infrastruktur wider: Der Osten Freiburgs ist mit Uni, Theater etc. privilegiert. Dem Westen, wo die Stadt weiter wächst, bleibt dagegen die belastende Infrastruktur wie Industriegebiete und Müllhalde. Es reicht aber nicht, Arme gleichmäßiger auf die Stadt zu verteilen. Eine Stadt für Alle erfordert es, die gesellschaftlichen Ursachen von Armut zu bekämpfen.

...WEIL EINE STADT FÜR ALLE ANDERS AUS- SIEHT.

Denn wir wollen nicht nur untergebracht werden, sondern von Grund auf mitbestimmen. Es müssen auch die Lebensentwürfe in der Stadt einen Platz haben, die weder vom Mainstream noch von der Stadtplanung und -verwaltung vorgesehen wurden - unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Wer z.B. in WGs oder in Bauwägen leben will, soll die Möglichkeit dazu haben.

Für echte Teilhabe am städtischen Leben braucht es öffentliche Räume, in denen Menschen aus allen Teilen der Stadt sich treffen können. Öffentliche Plätze erlauben es, sich frei und ohne Konsumzwang im Zentrum aufzuhalten. In Freiburg aber müssen wir eine zunehmende Kommerzialisierung und Kontrolle des öffentlichen Raums feststellen. Überall verfolgen uns Überwachungskameras und Verbote; selbst das Gril-

len auf der Sternwaldwiese wird reglementiert.

Es geht um mehr als die eigenen vier Wände.

Alle müssen gleichberechtigt mitbestimmen können, wenn es darum geht, wie unsere Stadt aussehen soll - das heißt für uns Recht auf Stadt. Um der ständigen Ausgrenzung von der Teilhabe am städtischen Leben entgegenzutreten, müssen wir uns organisieren. Hierzu muss es Mieter_innenzusammenschlüsse, Nachbarschaftstreffen, soziale Zentren, basisdemokratische Stadtteilversammlungen geben. Wir wollen mitbestimmen, wenn es darum geht, was mit dem Viertel rund um die bald leerstehende Polizeiakademie geschehen soll. Mit den Gutleutmatten, der Gartenstadt, der ECA-Siedlung, dem Götz&Moritz-Gelände. Bei der Frage, ob aus dem Platz der alten Synagoge wirklich eine Betonwüste werden soll, um Freiburgs Großstadtphantasien zu befriedigen.

Wir wollen eine Stadt für Alle,

...in der Wohnraum keine Ware ist. Die nicht durch Profitinteressen geformt ist, sondern eine Stadt, in der Alle nach ihren Bedürfnissen wohnen können. Eine Stadt, in der soziale Gerechtigkeit die Basis dafür bietet, dass alle die Möglichkeit haben, ihre Stadt gemeinsam zu gestalten.

Bezahlbarer Wohnraum ist die halbe Miete. Zu Ausgrenzung, Bevormundung und Verdrängung werden wir nicht schweigen!

Am 10.11.12 um 13 Uhr

Start Stühlinger Kirchplatz

www.rechtaufstadt-freiburg.de

Strandcafe

Grethergelände, Adlerstr.12

*Jeden Donnerstag Kneipe ab 21 Uhr
Strandbar 2. und 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr*

*Schwul-Lesbischer Abend der Rosa Hilfe:
1. und 3. Freitag im Monat ab 21 Uhr*

*Volkküchen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat
ab 20:30*



Protestaktionen der Flüchtlinge der Gemeinschaftsunterkunft in Schwäbisch Gmünd seit Fr. 28.09.12

Protest beim Blümlesfest

Seit Freitag den 28.09.2012 finden in Schwäbisch Gmünd Protestaktionen der in der Gemeinschaftsunterkunft lebenden Flüchtlinge statt. Akuter Anlass war die Abschiebung des Flüchtlings Lamin Ketera vergangene Woche am 24.09.2012. Aus Protest gegen diese Abschiebung haben die Flüchtlinge am Freitag beim sog. "Blümlesfest" in der Gemeinschaftsunterkunft protestiert. Seit Sonntagabend (30.09.2012) besetzen eine Gruppe Flüchtlinge der Gemeinschaftsunterkunft nun den Platz vor dem Rathaus in Schwäbisch Gmünd.

Lamin Ketera war Beschuldigter in einem Strafprozess, in welchem ihm vorgeworfen wurde in einem bestimmten Zeitraum Drogen im Bereich der Gemeinschaftsunterkunft in Schwäbisch Gmünd verkauft zu haben. Innerhalb dieses Zeitraumes befand sich Lamin Ketera allerdings nicht in Schwäbisch Gmünd. Noch nicht einmal in Baden Württemberg war er zu diesem Zeitpunkt. 8 Zeugen bestätigten dies vor Gericht. Die Verhandlung wurde von Freitag den 21.09.2012 auf Anfang letzter Woche vertagt. Doch zu einem weiteren Verhandlungstermin sollte es nicht mehr kommen. Das Verwaltungsgericht entschied über Lamin Ketera's Abschiebung.

Ein Sprecher der protestierenden Flüchtlinge hielt am Freitag beim sog. Blümlesfest folgende Rede, uA direkt an den anwesenden OB Richard Arnold

Guten Tag meine Damen und Herren, Freunde der Flüchtlinge, sehr geehrte Politiker, liebe Vertreter des Landratsamts Ostalbkreis, liebe Mitflüchtlinge und liebe Vertreter der Presse,

Ich bin ein Flüchtling. Ich stamme aus Nigeria und lebe hier im Asylbewerberheim in Schwäbisch Gmünd. Wir stehen hier aus folgenden Gründen:

→ Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd möchten Herrn Oberbürgermeister Arnold zum Politiker der Flüchtlinge des Jahrzehnts ernennen, aufgrund seiner Art uns entgegenzutreten, seines humanen und politischen Denkens, sowie seinen Ideen gegenüber den Flüchtlingen und Ausländern in Schwäbisch Gmünd.

Herr Arnold ist seit Jahren der erste OB in Schwäbisch Gmünd, der die Flüchtlinge hier im Heim besucht. Er ist auch der erste OB, der versucht uns Flüchtlingen eine Aussicht auf Integration zu geben. So wie er es während seines Wahlkampfbesuches im Flüchtlingsheim ver-

sprochen hat.

Durch seine Haltung uns Flüchtlingen gegenüber entschieden wir uns an der Staufersaga sowie an weiteren städtischen Aktivitäten teilzunehmen als Weg unseren Teil zum städtischen Dasein beizutragen. Wir möchten Herrn Arnold bei dieser Gelegenheit sagen, dass wir der Stadt und ihren Aktivitäten gegenüber weiter offen und freundlich sein wollen, wie auch Herr Arnold uns gegenüber immer offen und freundlich war. Als politische Figur der Stadt haben wir so viele gute Dinge durch ihn erfahren dürfen.

Durch Herrn Arnolds Engagement haben wir mehr Toiletten bekommen und vor seinem Besuch 2011 haben sich mehr als 20-30 Leute eine Dusche teilen müssen. Nach seinem Besuch haben wir mehr Duschen bekommen. Auch die Beengungen zum Verlassen des Geländes haben sich verbessert. Das wissen wir und sagen Ihnen dafür Dankeschön, Herr Arnold.

Sehr geehrter Herr Arnold,

Als wir Flüchtlinge sie im August trafen haben sie uns versprochen heute hier zu sein und mit uns zu feiern. Sie sagten, dass sie nach Ihrem Urlaub wieder hier seien und sich auf das Fest freuen.

Als sie jedoch in Ihren Urlaub fuhren lief hier einiges falsch zwischen uns Flüchtlingen und den Administrativen Behörden.

Der schmerzlichste Teil davon war der Skandal durch die Polizei in Schwäbisch Gmünd, der Staatsanwaltschaft, das Verwaltungsgericht in Stuttgart und des Amtsgerichts in Schwäbisch Gmünd im Falle des Flüchtlings LAMIN KETERA. Er wurde fälschlicherweise durch die Ermittlungsbehörden beschuldigt. Noch bevor ein Urteil über ihn gesprochen wurde kommunizierten das Amtsgericht in Gmünd sowie das Verwaltungsgericht Stuttgart seine Abschiebung. Hier wurde durch das Amtsgericht suggeriert, Lamin Ketera sei ein Drogenhändler und müsse abgeschoben werden. Sein Verfahren lief noch. Hier sollte schlechte und fehlerhafte Ermittlung der Polizei vertuscht werden. Wir als Flüchtlinge haben mittlerweile ein Gespür dafür, wie solche Dinge laufen.

Der ganze Skandal hat uns Schmerzen verursacht und uns in ein Gefühlstrauma versetzt, dass Flüchtlinge nicht länger sicher sind in Schwäbisch Gmünd. Unser Aufruf ist der, dass wenn Lamin Ketera wirklich ein Drogenhändler war, warum erlaubt man ihm keinen Strafprozess, in welchem man ihn im Falle der Schuld verur-

teilen und inhaftieren könnte? Nun wurde er abgeschoben Ermittlungsfehler sollten vertuscht und die Fortsetzung des Verfahrens eingestellt werden.

Wir fordern die Stadt Schwäbisch Gmünd auf, sich Lamin Keters Fall anzuschauen. Wir Flüchtlinge wollen Teil dieser Gemeinschaft sein. Wir können durch unsere Perspektive auf die Dinge die Geschichte besser erzählen. Wir kennen die Wahrheit und werden damit weitermachen sie zu erzählen.

Wir haben diese Art Propaganda gegen uns satt. Wir wissen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes scheinbar nicht für uns Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd gilt. In Schwäbisch Gmünd haben Flüchtlinge nicht das Recht zu arbeiten, haben kein Recht auf eine normale Schule, keine Freiheit auf Bewegung, nichtmal das Recht auf eine gerechte Justiz, kein Recht auf Integration, selbst wenn wir uns integrieren wollen. Die Polizei schürt die Propaganda, die unser Bild in der Stadt zerstören soll. Hier und heute sagen wir Nein zu allen weiteren Formen der Verfolgung in Schwäbisch Gmünd.

Wir denken dass es an der Zeit ist, dass sich die Bürger von Schwäbisch Gmünd fragen sollten, warum 120 Polizisten mit Polizeihunden in das Asylheim kommen nur um 6 Personen festzunehmen. In einem Heim wo mehr als 200 Flüchtlinge leben einzulaufen und Schrecken zu verbreiten. Selbstbedienungsladen Grundrechte! Ist es das wofür die Bürger Steuern zahlen?

Unsere Schlussfolgerung ist, dass wir als unterdrückte Flüchtlinge entschieden haben an keiner der Aktivitäten teilzunehmen. Nicht unter Depression, Unterdrückung und Agression, die hier herrschen. Wir tun dies, weil uns die ganze Situation isoliert hat.

Wir werden kein Fussball spielen. Wir werden kein Volleyball spielen. Wir werden keine Cola draussen trinken. Wir werden das Essen nicht anrühren!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Auch haben sich einige der vor dem Rathaus campierenden Flüchtlinge am Protestmarsch nach Berlin beteiligt. Die Schwäbisch Gmünder haben folgende Forderungen für ihren Kampf formuliert:

1. Revision und Aufklärung des Straf- und Abschiebesachverhaltes um Lamin Keters
Lamin Keters war WEDER DROGENHÄNDLER NOCH DROGENKONSUMENT, ja noch nicht einmal ALKOHOLKONSUMENT

2. Schließung der Gemeinschaftsunterkunft auf dem

Hardt

Das Gebäude ist marode und unsicher. Das Leitungswasser ist unsauber und die Brandschutzvorrichtungen unzureichend.

Die Wohnsituation ist gleich der von Gefangenen in Zellen (Wohnraumgröße, Ausstattung, Stacheldrahtzaun um das Gelände etc.)

Allgemeine hygienische Standards werden nicht erfüllt
- Förderung nach Gutachten durch das Gesundheitsamt

Baustellen im Gelände der Unterkunft werden nicht ordnungsgemäß abgesichert. Viele Beinahe-Unfälle spielender Kinder

3. Keine Abschiebungen

-Aufenthaltsgestattung für alle politischen Flüchtlinge
- Abschiebung bedeutet für über 90% der Flüchtlinge Tod oder Gefangenschaft

4. Keine Polizeiwillkür und Polizeigewalt gegen politische Flüchtlinge

Dringlichstes Beispiel:

Fall Lamin Keters: Polizeieinsatz durch 120 Beamte (plus Polizeihunde) für 6 Festnahmen (Parallelen zu Fall Fall Oury Jalloh)

Die Polizei vertuscht ihre Ermittlungsfehler durch rabiate Festnahmepolitik

5. Kollektive rückwirkende Erstattung der Gelder gemäß BVerfG-Entscheid vom 18.07.2012 ohne Repressalien

6. Arbeiterlaubnis für alle Flüchtlinge zu fairen Konditionen -> keine Dumpinglöhne (Bsp: Leverkusen verbietet Arbeiterlaubnisse für die dort lebenden Flüchtlinge)

7. Ausreichende medizinische Versorgung ohne Selbstkosten

8. Recht auf geregelten Sprachunterricht ohne Selbstkosten

9. Abschaffung des Gutscheinsystems

Chipkarte lässt einen Einkauf zu jedem gewünschten und erschwinglichen Betrag zu (Bsp.: Kirchheim, Leverkusen, Bielefeld)

UNSER AUFRUF AN ALLE POLITISCHEN FLÜCHTLINGE: Solidarisiert euch! Flüchtlinge sind keine Menschen zweiter Klasse!

Beobachter_in

[S] Rück- und Ausblick der Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung

Krieg allen imperialistischen Kriegen!

Vom 24. bis zum 29. September hat die bundesweite Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung stattgefunden. Von der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ wurde dazu aufgerufen, im Zeitraum dieser Woche, durch Aktionen und Veranstaltungen die Themen Bundeswehrbesuche an Bildungseinrichtungen und militärische Forschung an Hochschulen in die Öffentlichkeit zu bringen. Es hätte ein kleiner Schritt der antimilitaristischen Bewegung aus der Defensive, hin in Richtung Offensive, werden können.

Die Aktionswoche in Stuttgart:

In Stuttgart gründete sich ein lokales Aktionsbündnis, welches eine Infoveranstaltung mit Michael Schulze von Glaßer sowie eine Kundgebung mit Aktionsbeiträgen organisierte und die kommende Demonstration am 20. Oktober vorbereitet. Während der Bündnistreffen zeigte sich durch die fluktuative Beteiligung einiger Bündnispartner_Innen wie wichtig es ist, dass es aktionsfähige und kontinuierlich antimilitaristische Arbeit leistende Strukturen wie das „Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung–Stuttgart“ gibt. Ohne das hätten die Aktivitäten nicht so von statten gehen können wie sie getan haben.

Hier folgt nun eine kurze Zusammenfassung der Aktivitäten in Stuttgart:

Am Montag, den 24. September wurde die Aktionswoche mit der Veranstaltung „Bundeswehr im Klassenzimmer“ eröffnet, die einen Überblick über die Werbestrategien der Bundeswehr schaffte. Gerade für Menschen, denen das Thema noch mehr oder weniger fremd war, konnte der Referent Michael Schulze von Glaßer (Informationsstelle Militarisierung Tübingen e.V.) neue Informationen sowie Daten und Fakten liefern. So wurde deutlich gemacht, dass die Bundeswehr unter dem Aspekt der direkten Kriegsführung mehr oder weniger gezwungen ist, an Schulen und in die Öffentlichkeit zu gehen. Denn sowohl für die Aufstockung der sich im Ausland befindenden deutschen Soldaten von 7.000 auf 10.000, sowie für die der Freiwilligendienstler von 5.000 auf 10.000, benötigt die Bundeswehr neue Rekruten.

Die Veranstaltung war ein gelungener Einstieg in die Aktionswoche.

Am Dienstag, den 25. September wurde die Bundeswehr bei einem Schulbesuch in Ludwigsburg gestört und Flyer an die Berufsschüler_Innen verteilt. Über den ganzen Tag hinweg ist es immer wieder gelungen eine Gegenpräsenz zur Bundeswehr zu schaffen - und dies trotz Personenkontrollen durch die Polizei und Hausverboten und von Seiten der Schulleitung.

Dass die Bundeswehr durch derartige Aktionen angreifbar ist, zeigt sich immer wieder an der empfindlichen Reaktion der Jugendoffiziere. Es ist möglich und einfach die Militärpräsenz zu stören und ihrem Bild vom sympathischen Soldaten und dem attraktiven Arbeitgeber Bundeswehr etwas entgegen zu setzen und so ihre Ziele zu durchkreuzen.

Am selben Tag wurde abends das Kultusministeriums Baden-Württemberg in der stuttgarter Innenstadt als Kriegstreiber markiert. Mehrere Antimilitarist_Innen klebten Plakate, die auf die Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und Bundeswehr hinwiesen, an das Gebäude.

Am Freitag, den 28. September fand die Aktionswoche in Stuttgart, mit einer Kundgebung in der Innenstadt, ihren vorläufigen Abschluss. Diese war durch ihren vielseitigen und kreativen Charakter für viele Menschen eine attraktive Möglichkeit sich über die Bundeswehr kritisch zu informieren. Durch die von Straßentheaterinszenierung, großflächigen Parolen mit bunter Kreide und informativen Stellwänden geprägte Außenwirkung, war es möglich bei den von Shoppingwahn getriebenen Passant_Innen der Königsstraße Interesse und Offenheit für die Thematik der Kundgebung zu erwecken und sie zum Stehenbleiben zu bewegen. Dies sollte in Zukunft bei ähnlichen Veranstaltungen öfters bedacht und umgesetzt werden.

Zusammenfassend kann man sagen:

In Stuttgart ist es durch die Aktivitäten in der Aktionswoche teilweise gelungen kleine Erfolge zu erzielen, indem innerhalb der Stuttgarter Linken der Kampf gegen die Bundeswehr und ihre Werbeversuche sowie gegen die dahinter stehende Kriegspolitik Deutschlands präsenter gemacht wurde. Dies

erkennt man zum Beispiel an dem gewachsenen Interesse am Offenen Treffen gegen Krieg und Militarisierung. Zudem konnten Erfahrungen mit neuen Aktionsformen gesammelt werden.

Dennoch ist es wichtig zu bemerken, dass der Anspruch einer bundesweiten Aktionswoche nicht erfüllt wurde, obwohl sie auch in anderen Städten wie zum Beispiel in Heilbronn aufgenommen wurde. Das Ziel den Themenbereich Antimilitarismus zu fördern und aus der Defensive zu holen wurde nicht erreicht. Dies hängt einerseits mit einer unzureichenden Mobilisierung zusammen, vielleicht auch mit der Überlagerung der Proteste gegen das GÜZ, dessen Mobilisierung breite Kreise gezogen hat, aber andererseits vor allem mit einem grundlegenden Problem des Themenbereichs:

Durch die Tatsache, dass viele Kriege trotz Proteste statt finden, ist eine gewisse Ohnmacht und eine daraus resultierende Trägheit innerhalb der Linken weit verbreitet. So war es auch in unserer Stadt schwierig Menschen zu mobilisieren. Hinzu kommt, dass die Kriegstreiber ihre Propaganda immer geschickter und professioneller betreiben, in dem sie ihre Einsätze als notwendig und im Interesse der Menschenrechte darstellen. Dies konnte man zum Beispiel an den bundesweit schwach ausgefallenen Protesten gegen die Intervention der NATO in Libyen deutlich sehen.

Wir haben also als Antimilitarist_Innen viel Arbeit noch vor uns, bis sich eine dynamische antimilitaristische Bewegung entwickelt, mit der die imperialistische Kriegspolitik Deutschlands effektiv ange-

griffen werden kann. Für dies sind kontinuierlich arbeitende Strukturen von enormer und zentraler Bedeutung.

Antimilitaristische Strukturen auf- und ausbauen! Einzelne, terminbezogene Kampagnen wie zum Beispiel die vergangene Aktionswoche sind wichtig um punktuell Akzente zu setzen und so Aufmerksamkeit zu erzeugen. Gerade jetzt ist dies dringlicher denn je, niemals gab es mehr bewaffnet Konflikte als es aktuell der Fall ist. Um nationale sowie internationale Kapitalinteressen durchzusetzen werden Kriege geführt und geschürt und zur Rechtfertigung dieser werden verlogene moralische Argumente angebracht. Damit einhergehend findet eine stetige Militarisierung des Inneren und der Gesellschaft statt.

Kriege liegen in der Natur des auf Profitmaximierung und Ausbeutung basierenden kapitalistischen Systems, Frieden und Kapitalismus sind also ein unlösbarer Widerspruch. So müssen wir als Antimilitarist_Innen versuchen Perspektiven jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen und erkennen, dass antimilitaristische Arbeit nur erfolgreich sein kann, wenn wir sie mit dem Kampf um eine befreite Gesellschaftsordnung verbinden.

Gegen imperialistische Kriege und Ausbeutung, für einen klassenkämpferischen Internationalismus!

Aufruf des Stuttgarter Aktionsbündnis für militärfreie Bildung und Forschung

Arbeitskreis Internationalismus Stuttgart

Naziaufmarsch in Heidelberg verhindert

Am 3. Oktober konnte ein kurzfristig angekündigter NPD-Aufmarsch in Heidelberg von einem breiten Bündnis verhindert werden. Die 76 Nazis wurden von rund 2.000 GegendemonstrantInnen am Bahnhof festgesetzt. Anschließend marschierten

rund 50 Nazis frustriert durch Ludwigshafen-Süd, während in Heidelberg gefeiert wurde.

Autonome Antifa Freiburg

Hammerskins im Regen

Am 6. Oktober fand in Lütchenbach, Malsburg-Marzell, Landkreis Lörrach, ein Hammerskin-Konzert mit rund 110 TeilnehmerInnen statt. Auf dem vom Hammerskin-Chapter Baden organisierten Konzert spielten „Slapguns“, „Blitzkrieg“ und andere

Bands. Die Nazis waren aus ganz Deutschland, Frankreich und der Schweiz angereist. Der Veranstaltungsort dürfte damit für weitere Konzerte verbrannt sein.

Autonome Antifa Freiburg

Bei Räumung: Demo und Wiederbesetzung

Um wieder zu säen, zu bauen...um den Flughafen zu verhindern ! Ausgerüstet mit Heugabeln, Holzbalken, Brettern, Nägeln und Werkzeug...

Am 7. Mai 2011 waren wir 1000 Leute, die mit Heugabeln in den Händen demonstrierten, um eine brach liegende Fläche zusammen urbar zu machen. Es handelte sich um die Einrichtung einer Gemüsegärtnerei, die nun den Kampf gegen den Flughafen nährt. Wir verliessen uns, nachdem wir uns geeinigt hatten, diesen Hof und die anderen besetzen Plätze der ZAD („la Zone d'Aménagement Différé“, in etwa „langfristige Umbauzone“ (wo der Flughafen geplant ist), die zur „Zone à défendre“, oder „zu verteidigende Zone“, geworden ist) zu verteidigen.

Treffpunkt um 11 Uhr bei Notre Dame des Landes, am 4. Samstag nach einem eventuellen Räumungsversuch.

WEDER HIER NOCH IN KHIMKI ODER SONST WO. VINCI HAU AB !

Am 7. Mai 2011 waren wir 1000 Leute, die mit Heugabeln in den Händen demonstrierten, um eine brach liegende Fläche zusammen urbar zu machen. Es handelte sich um die Einrichtung einer Gemüsegärtnerei, die nun den Kampf gegen den Flughafen nährt. Wir verliessen uns, nachdem wir uns geeinigt hatten, diesen Hof und die anderen besetzen Plätze der ZAD („la Zone d'Aménagement Différé“, in etwa „langfristige Umbauzone“ (wo der Flughafen geplant ist), die zur „Zone à défendre“, oder „zu verteidigende Zone“, geworden ist) zu verteidigen.

Am 24. Juni lancierte Vinci die Räumungsprozedur gegen die acht besetzten Häuser in der ZAD, betroffen ist auch „Les Planchettes“, der kollektive Empfangs- und Organisationsraum.

Am 10. Juli formten tausende Leute eine menschliche Freske „Vinci hau ab !“.

Am Dienstag 23. August forderte der Präsident der Region Pays de la Loire Jacques Auxiette den Präferken auf, die Besetzung der ZAD „mit dem Kärcher zu reinigen“. Der Aufruf zur brutalen Repression ist eindeutig, das wird uns jedoch nicht davon abhalten, Widerstand zu leisten, wiederzukommen

und den Angriff abzuwehren.

Um dem 7. Mai eine Fortsetzung zu geben, rufen die BesetzerInnen der ZAD und Reclaim The Fields, ein Netzwerk von kämpfenden Bäuerinnen und Bauern, zu einer grossen Wiederbesetzungsdemonstration auf im Falle einer Räumung und laden alle Kollektive und Gruppen ein, diese Initiative zu unterstützen. Wenn der Polizeikärcher kommt, wollen wir wieder Tausende sein, um dem „Vinci hau ab !“ Gestalt zu geben und die Zone wieder zu besetzen, damit die Arbeiten konkret verhindert werden können.

Seit vierzig Jahren brüten die Entscheidungsträger und Betonierer über einen neuen Flughafen in der Nähe von Nantes, in Notre-Dame-des-Landes, um ihre gefräßigen Träume der Metropole und der wirtschaftlichen Expansion zu erfüllen. Die ZAD, das sind 2000 Hektaren fruchtbares Land und Wohnraum, die sie unter dem Beton vernichten möchten. Der Widerstand gegen dieses Projekt verbindet verschiedene Probleme, auf deren Basis man sich vereinen, die Problematiken austauschen und gemeinsame Strategien überlegen kann. Mit diesem Kampf bekämpfen wir die am Tropf hängende Ernährung, die industrielle Gesellschaft und ihre Klimaerwärmung, die Politik wirtschaftlicher Entwicklung und der Kontrolle des Territoriums, die Megalopolen und die Normalisierung gewisser Lebensformen, der Mythos des Wachstums und die Illusion der demokratischen Teilnahme...

Die Entscheidungsträger kommunizieren auf Teufel komm raus, um ihr Projekt zu verkaufen und zu suggerieren, dass es in diesem Stadium kein Zurück mehr gibt. Denn nach 40 Jahren Kampf haben die Vorbereitungsarbeiten für den Bau nun begonnen : Bohrungen für Bodenstudien, Umweltgutachten, im Herbst möchten sie mit archäologischen Grabungen und Rodungsarbeiten für den Bau der Strassengeländer weitermachen...alles Vorbedingungen für die Betonierung der ZAD.

Aber die GegnerInnen sind weit davon entfernt, die Arme hängen zu lassen und die Aktion werden immer intensiver : Widerstand gegen die Bohrungen, Störungen der ArbeiterInnen von Biotope, Besetzungen von Büros und Baustellen, kostenlose Mautstellen, Verteilung von Zeitungen, usw., usw....Darüber hinaus haben sich das Leben und

die Aktivitäten seit zwei Jahren verdichtet, statt dass sich die ZAD kontinuierlich im Rhythmus der Rückkäufe und der Zerstörungen leeren würde. Etliche leere Häuser wurden rehabilitiert und besetzt, Hütten wurden am Boden und auf den Bäumen gebaut, Kollektive besetzen Felder, um Gemüse anzubauen.

Gemeinschaftsräume, eine Bäckerei, eine Bibliothek, eine Unterkunft stehen allen offen. Mehr als hundert Leute besetzen die ZAD permanent, sie werden unterstützt von etlichen Leuten aus der Region und von anderswo, die sich dort treffen und organisieren. Die Besetzungen sind Teil einer Bewegung, die diverse Formen annimmt. Dies erlaubt es auch, dass die letzten Monate auf die Vorbereitungen Vincis für die Arbeiten schnell reagiert wurde.

Im Juni 2011 lancierte Vinci die Räumungsprozedur, um sich die nötigen rechtlichen Mittel zu beschaffen, um die BesetzerInnen der ZAD „ohne Recht oder Titel“ loszuwerden. Sie wollen nun das Wachstum der Bewegung verhindern und, um die Arbeiten zu beginnen, muss der Platz frei sein : nach der Räumung der BesetzerInnen „ohne Titel“, sehen sie vor, mit den Mietern, Eigentümern und Bauern weiterzumachen. Parallel dazu machen die Flughafensbefürworter alles mögliche, unterstützt von Pressekampagnen, um die BesetzerInnen der ZAD zu isolieren, sie versuchen, die Bewegung zu spalten und die Solidarität zu untergraben, zudem verstärken sie die Polizeirepression im Alltag und die Repression gegen kollektive Initiativen.

Trotz diesem Hintergrund erinnern wir uns an die Siege in der Vergangenheit gegen grössenwahnsinnige Projekte, vom nuklearen übers militärische, wie in Carnet, in Plogoff oder in Larzac, und wir wissen, dass dieser Flughafen immer noch verhindert werden kann. Wir schauen auf die andere Seite der Alpen, wo der Widerstand gegen die Hochgeschwindigkeitslinie Lyon-Turin ein ganzes Tal mobilisiert, wo Zehntausende die Arbeiten verhindern. Wir bereiten uns vor, damit jeder Versuch der Betonierung ihnen auch hier teuer zu stehen kommt.

Dieser Demonstrationsaufruf ist eine Art, um zu zeigen, dass Räumungen alles andere als das Ende des Kampfes bedeuten ; er erlaubt es auch, an offensive kollektive Kampfformen nach potenziellen Räumungen zu denken. Er bedeutet die Bestäti-

gung, dass sie diese Zone nicht permanentmilitarisieren und sterilisieren können, und dass, egal wie sehr sie sich bemühen, sie uns nicht daran hindern können, uns dort wieder einzurichten. Er zeigt einen gemeinsamen Willen, das Druckmittel der Besetzungen, um das Flughafenprojekt zu verhindern, nicht aus der Hand zu geben.

Diese Demonstration wird es je nach Notwendigkeit erlauben, kollektive Organisationsräume oder Wohnräume wieder aufzubauen und neue Felder zu bebauen. Obwohl wir nicht wissen, wann sie die Kavallerie auf uns hetzen werden, lancieren wir jetzt diesen Aufruf, um eine schnelle und massive Reaktion zu antizipieren. Wir schlagen vor, uns am 4. Samstag nach den ersten Räumungen mit Heugabeln, Werkzeugen und Holzbalken zu treffen, um uns die Felder wieder anzueignen und zusammen wieder aufzubauen.

Neben diesem Aufruf zur Wiederbesetzung sind andere Initiativen natürlich willkommen : Solidaritätsaktionen überall in Frankreich, Anwesenheit während den Räumungen um die Polizeioperation zu stören...Und in der Zwischenzeit gehen die Initiativen zur Verhinderung des Flughafens und das Leben auf der ZAD weiter !

- Verfolgt die Informationen ! Konsultiert regelmässig <http://zad.nadir.org>, vor allem im Falle einer Räumung. Das Datum und der genaue Treffpunkt werden dann bekannt gegeben.

- Es wird möglich sein, am Vortag der Demo anzu kommen für die letzten Vorbereitungen und den letzten Informationsaustausch. Bringt was zum Campen mit.

- Wir laden Euch ein, nach der Demo da zu bleiben, um die wieder besetzten Orte zu verteidigen und weiter zu bauen.

Kontakt :
reclaimthezad@riseup.net
Infos :
<http://www.reclaimthefields.org>
<http://zad.nadir.org>

Reclaim the Fields + BesetzerInnen der ZAD

Anmerkung der Redaktion:
Der Boden wurde schon geräumt die Bäume stehen noch an.

Volxküchen im November

ohne Volk & in Freiburg

Di, 06.11. / Strandcafé, Grether / 20:30*

Mi, 07.11. / Vokü&Kneipe, KTS / 19:30h (Kochen ab 16h)

Mi, 14.11. / Vokultur, SUSI-Café / 20h (Kochen ab 17h)

Di, 20.11. / Strandcafé, Grether / 20:30h*

Mi, 21.11. / Vokü&Kneipe, KTS / 19:30h (Kochen ab 16h)

Mi, 28.11. / Vokultur, SUSI-Café / 20h (Kochen ab 17h)

*meist nicht vegan, mit Festpreis

Orte: *KTS (Autonomes Zentrum): Baslerstr. 103*

Strandcafé: Grether-Gelände / Adlerstr. 12

S.U.S.I.-Café: Vauban-Allee 2

Die Volxküchen im SUSI Café und der KTS leben
von eurer Mithilfe. Essen von und für alle!

Mehr Infos, Kontakt und Adressen
unter:

www.volxkuechefreiburg.blogspot.de

